

MILK-NEWS

<http://www.europeanmilkboard.org>



Liebe Milchbäuerinnen und Milchbauern, liebe Interessierte,

dieser Newsletter ist doch noch einmal etwas länger geworden, gerade richtig, um ihn während eines Frühlingsschauers durchzulesen. Er spiegelt wunderbar die verschiedenen Handlungsebenen und -orte des European Milk Board (EMB) und seiner Mitgliedsverbände wider.

Das EMB ist in Brüssel vor Ort, wo der Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes aktuell das Milchpaket der Kommission diskutiert. James Nicholson, Berichterstatter für Milch, hat seinen Kommentar des Milchpaketes vorgelegt und ist nun in der Auseinandersetzung mit seinen Parlaments-Kollegen, die zum Teil finden, dass das Milchpaket weitergehen müsse als es der Nicholson-Bericht, beispielsweise in Bezug auf die Bündelungsgrenzen, vorschlägt. Es ist viel Bewegung in der Diskussion und es gibt mehrere Parlamentarier, die die Forderungen des EMB für sinnvoll halten und einbringen. Doch wie die Milchpolitik der EU in Zukunft aussieht, ob sie den Rahmen für kostendeckende Erzeugerpreise setzen wird, das bleibt noch abzuwarten.

Mitentscheidend für den Erfolg der Milcherzeuger auf politischer Ebene ist der starke Druck von der Basis. Die Aktionen im österreichischen Salzburg, im deutschen Jena und im Schweizer Bern haben hierzu in den letzten Tagen einen wichtigen Beitrag geleistet.

Und die Milcherzeuger warten nicht ab, bis die Politik ihnen Wege ebnet, sondern sie nehmen die Vermarktung ihrer Milch selber in die Hand. Die Freie Milch Austria hat wieder viele neue Mitglieder gewonnen und mehr und mehr österreichische Milch wird so nicht mehr direkt vom Erzeuger an die Molkerei über Einzelverträge abgegeben, sondern über diese erzeugergesteuerte Vermarktungsorganisation verkauft. In Luxemburg ist seit Februar D'fair Mëllech, die Faire Milch auf dem Markt. Und die Verbraucher zeigen durch ihr Kaufverhalten, dass sie für faire Erzeugerpreise und hohe Produktionsqualitäten sind.

Gute Lektüre!

Mit herzlichen Grüßen,

Sonja Kerspeter, EMB.

Europäische Milcherzeuger rücken deutschen Agrarministern auf die Pelle

Mit lautstarker Unterstützung von Berufskolleginnen und Kollegen der Partnerorganisationen aus Italien, Österreich und den Niederlanden sind am 31.03.11 rund 350 deutsche Milcherzeuger und weitere Bauern vor die Tore der deutschen Agrarminister gezogen. Die Minister von Bund und Bundesländern (16 Provinzregierungen) berieten in der thüringischen Stadt Jena über die Reform der EU-Agrarpolitik. Auch das so genannte Milchpaket der EU, mit dem eigentlich das derzeit schwache Verhandlungsgewicht der Milcherzeuger gestärkt werden soll, stand auf der Tagesordnung. Der Präsident des EMB und Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) Romuald Schaber forderte auf der Kundgebung vor dem Tagungshotel die deutschen Minister dazu auf, sich für deutliche Verbesserungen der Brüsseler Vorschläge für das EU-Milchpaket einzusetzen. Deutschland stehe hier bisher zu sehr auf der Bremse. Als aus dem Tagungshotel durchsickerte, dass ein entsprechender Antrag von zwei Bundesländern vorerst abgelehnt worden ist, brauste draußen tosender Protest auf. Schaber rief die Minister auf, endlich eine Politik mit Weitsicht zu betreiben. Dazu bräuchten die Milcherzeuger aber die Möglichkeit, sich wenigstens so stark zusammenschließen zu dürfen wie die Molkereien. Die Sonderrolle, die den Molkereigenossenschaften von den EU-Vorschlägen und auch von der Bundesregierung zugestanden werde, müsse weg, damit die Milcherzeuger auf Augenhöhe am Markt teilnehmen können.

30 Milchbauern und Bäuerinnen aus Italien waren mitten in der Nacht aufgebrochen, um nach 11 Stunden Fahrt an der Kundgebung aktiv teilzunehmen. „Wir sind es leid, nur dafür zu arbeiten, dass die großen Molkereikonzerne für sich den Rahm abschöpfen“, sagte ein Mitglied der italienischen Organisation APL della Pianura Padana.

Die niederländischen Kollegen des DDB und der NMV hatten als Geschenk einen Sack voll roter Trillerpfeifen mitgebracht. „Wir pfeifen die bisherige Politik vom Platz, denn sie ist nicht nachhaltig, weder für unsere Betriebe noch für die gesamte Gesellschaft“, übersetzte Sieta van Keimpema, EMB-Vizepräsidentin, die Botschaft.

Die neue Vorsitzende der österreichischen IG Milch Erna Feldhofer machte klar, dass sich die Probleme der Milcherzeuger in allen europäischen Ländern sehr ähneln. „Es macht keinen Unterschied, ob die Betriebe groß oder klein sind. Wir brauchen alle ein Einkommen, mit dem wir unsere Betriebe erhalten und entwickeln können. Das ist ein Problem der gesamten Gesellschaft, denn mit unseren Betriebe geht sonst die Kulturlandschaft, ein Stück Natur und letztlich Lebensqualität verloren.“ Sie rief dazu auf, weiter für die gemeinsamen Lösungen einzustehen und erntete auch dafür großen Beifall.

Von der zweiten deutschen EMB-Organisation Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft stellte Georg Janßen die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ vor. Sie wird von einem großen Bündnis verschiedenster deutscher Organisationen von Landwirtschaft, Kirchen, Umweltschutz bis zur Entwicklungspolitik getragen. „Wie Landwirtschaft betrieben wird und unter welchen Bedingungen, das interessiert sehr viele Menschen in unserem Land. Mit der gemeinsamen Kampagne suchen wir gezielt das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir sind sicher: Die Mehrheit steht hinter unseren Forderungen, die Mehrheit lehnt die bisherige Politik ab. Das muss und das wird sich in der Reform der EU-Agrarpolitik niederschlagen“, zeigte Janßen Zuversicht.

Siehe auch www.bdm-verband.de und www.abl-ev.de

Ulrich Jasper, AbL

Frankreich: Dekret legt neun Milchquotenregionen fest

Bisher wurden die Quoten in Frankreich auf Ebene der „Departements“ (100 Departements) verwaltet. Erzeuger, die mit der Milchproduktion aufhörten, übergaben die Quoten dem Departement und die Mengen wurden entsprechend bestimmter Kriterien (Jungbauer, Investierer und andere) wieder ausgegeben. Nach in Kraft treten der Dekrete 2011-259 und 2011-260 vom 10. März 2011 werden jetzt neun Milchquotenregionen die Mengen verwalten. Sie wurden nach geographischen Gesichtspunkten aber auch entsprechend der Art der Milcherzeugung zusammengestellt.

In jeder Region wird eine Kommission („Conférence“) darüber entscheiden, wie frei werdende Milchmengen verteilt werden. Diese Kommission besteht aus dem Präfekten, Vertretern der Bauernverbände, Molkereien, Politikern, einem Verbrauchervertreter und weiteren.

Als Grund für die Zusammenlegung zu neun Regionen wurde genannt, dass es Milcherzeugern und Molkereien erleichtert werden soll, sich den neuen wirtschaftlichen Entwicklungen im Milchsektor (höhere Preisvolatilität bei Milch und Milchprodukten und die Abschaffung der Quoten) anzupassen.

Faktisch wird es nun leichter, Milchmengen aus schwierigen Produktionsregionen in die Nähe der Molkereien zu verlagern. Dies ist für die Erzeuger und die Regionen, aus denen die Milcherzeugung abwandern kann, ebenso problematisch wie die Tatsache, dass die Milcherzeuger in diesen Kommissionen mit nur sechs von 22 Personen sehr schlecht vertreten sind. Es sind außerdem Erzeugervertreter der politischen Bauernverbände und nicht der Erzeugerorganisationen. Die Erzeuger bringt dieses neue Dekret nicht weiter in ihrem Einsatz für kostendeckende Preise, die Molkereien sehen vermutlich Chancen, Kosten zu sparen über eine leichter mögliche Konzentration der Milcherzeugung.

Willem Smeenk, OPL und EMB Vorstand

Kritik am Milchbericht von Nicholon

Änderungsvorschlag schränkt die Bündelung von Milcherzeugern ein

Warum kritisieren europäische Milcherzeuger den Änderungsvorschlag des Parlaments zum Milchpaket der EU-Kommission? Die EU-Kommission will in ihrem „Milchpaket“ die Bündelung von Milcherzeugern in der EU stärken - wenn auch mit engen Grenzen. Der hierzu kürzlich veröffentlichte Änderungsvorschlag des Parlamentsabgeordneten James Nicholson schränkt die Bündelung von Milcherzeugern jedoch wieder ein und weicht einige Vorgaben für Genossenschaftsmolkereien auf. So heißt es im Kommissionsbericht, dass Erzeugergemeinschaften für ihre Landwirte die Lieferverträge mit den Molkereien aushandeln können. Mitglieder von Molkereigenossenschaften können allerdings vom Recht ausgeschlossen werden von Erzeugergemeinschaften bei den Vertragsverhandlungen vertreten zu werden, da die Interessen der Erzeuger in Genossenschaften selbst schon genügend beachtet würden, so die Begründung der Kommission. In dem Vorschlag des Briten Nicholson heißt es dazu: „die Genossenschaftsbewegung (ist) eine Art der wirtschaftlichen Organisation unter der Leitung der Milcherzeuger selbst (...), an der die Milcherzeuger auf freiwilliger Basis mitwirken.“ Das stößt beim europäischen Verband der Milcherzeuger (EMB) auf große Empörung. In einer Stellungnahme der Milcherzeuger zu den Änderungsvorschlägen Nicholsons warnt das EMB vor einer Sonderstellung der Genossenschaften, da ein Großteil der Genossenschaften nicht, wie theoretisch gedacht, die Interessen der Erzeuger vertrete. „Wenn man Genossenschaften eine Sonderstellung gibt, weil man fälschlicherweise annimmt, hier seien die Erzeuger besser gestellt, dann verbessert man nichts an der schwachen Position der Milcherzeuger“, so das EMB. Das sei besonders deshalb fatal, da 58 Prozent der europäischen Milchmenge in Molkereigenossenschaften verarbeitet werde.

Zu niedrige Grenzen

Der Parlamentsabgeordnete will zudem die Grenze für eine nationale Erzeugerbündelung auf 20 Prozent setzen, statt sie bei den vorgeschlagenen 33 Prozent der EU-Kommission zu belassen. Unangetastet lässt Nicholson dagegen die EU-weite Obergrenze der Bündelung von 3,5 % der europäischen Milchproduktion.

Die europäischen Milcherzeuger kritisieren beide Vorschläge. Das EMB fordert ein Anheben der Grenze einer EU-weiten Bündelung auf 30 Prozent. National dürfe es hingegen gar keine Begrenzung geben.

Eine Bündelungsgrenze für Genossenschaften ist in keinem der beiden Vorschläge aus Brüssel enthalten. Fusionen von Milchgiganten wie beispielsweise vor Kurzem Nordmilch und Humana steht somit auch weiterhin Nichts im Wege.

Das Milchpaket sieht vor, dass jeder EU – Mitgliedsstaat selbst entscheiden soll, ob Molkereien mit ihren Lieferanten Verträge abschließen müssen. Die Verträge müssen bestimmte von der Kommission festgelegte Bedingungen wie Angaben zum Milchpreis, Liefermenge und -zeitplan sowie Vertragsdauer enthalten.

Milcherzeuger in Genossenschaften

Genossenschaften sollen entgegen den nationalen Beschlüssen auf Verträge mit Milcherzeugern verzichten dürfen, wenn „deren Satzung Bestimmungen enthält, mit denen eine ähnliche Wirkung erzielt wird“ wie die von der Kommission Festgelegten. Der Änderungsvorschlag von Nicholson weicht zudem den Beschluss zugunsten der Molkereien weiter auf: „Selbst wenn ein Mitgliedsstaat beschlossen hat, Verträge für die Milchwirtschaft nicht zwingend vorzuschreiben, kann eine Erzeugerorganisation oder ein Landwirt einen Vertrag verlangen [...]. Unter solchen Umständen kann die Molkerei entweder den Vertrag akzeptieren oder die Milchlieferung ablehnen“. Dies trifft auf besonderes Missfallen des EMB. „Ein Milcherzeuger ist überhaupt nicht in der Lage einen Vertrag durchzusetzen, wenn die Molkerei das Recht hat ihn zurück zuweisen“, so der Verband. Das EMB fordert, dass Verträge obligatorisch für jeden Mitgliedsstaat, jeden Erzeuger und jeden Verarbeiter sein sollen. Zudem soll als Grundlage zur Ermittlung und Durchsetzung fairer Preise eine Monitoringstelle auf EU-Ebene errichtet werden.

Transparenz zugunsten der Milcherzeuger

Von Seiten der Milcherzeuger kommt aber auch Zustimmung zu den Änderungsvorschlägen. Als notwendigen Paragraph sieht der Verband den Vorschlag von Nicholson an, die gesamte Milcherzeugung und das gesamte Milchangebot der EU genau zu bestimmen, um die Transparenz zugunsten aller Akteure der Milchversorgungskette zu erhöhen. Zu diesem Zwecke sollen „Rohmilch verarbeitende Betriebe den zuständigen nationalen Behörden für jeden Monat die Rohmilchmengen angeben, die ihnen geliefert wurden“, so die Gesetzesvorschläge von Kommission und Nicholson.

In seinem Änderungsvorschlag fordert der parlamentarische Abgeordnete eine verstärkte Unterstützung von Innovation, Forschung und Entwicklung in der Milchwirtschaft, „um das Potenzial von Milch und Milcherzeugnissen voll auszuschöpfen“. EU weit und in Drittstaaten sollen zudem Werbemaßnahmen für Milch und -produkte durchgeführt werden, um den Verbrauch von Milchprodukten zu steigern, so der Parlamentarier. Das EMB weist darauf hin, dass Innovation und Forschung nicht unwichtig sind, jedoch nicht zur Lösung der Probleme auf dem Milchmarkt beitragen. „Der Bericht sollte sich auf die benötigten strukturellen Änderungen konzentrieren“, so das EMB. Der Verband hat Änderungsvorschläge zu dem parlamentarischen Berichtsentwurf erarbeitet und die eigenen Vorschläge für eine Reform des Milchmarktes den zuständigen Parlamentariern übergeben. Die endgültige Abstimmung des EU-Parlamentes über das Milchpaket wird voraussichtlich im Juni stattfinden.

Marlene Herzog, Bauernstimme

„D’fair Mëllech“ wird in Luxemburg vermarktet!

Im Februar dieses Jahres haben die im „Luxembourg Dairy Board“ (LDB) zusammengeschlossenen Milchbauern ihre eigene Milchmarke der Öffentlichkeit vorgestellt: D’fair Mëllech“. Nach der Gründung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft mit dem Namen „Fairkoperativ Letzebuerg“ konnten die monatelangen Vorbereitungen zum Verkauf der Milch zu einem fairen Preis in die Tat umgesetzt werden.

Das Projekt fand aufmerksame Zuhörer in den betroffenen Ministerien Nachhaltigkeit und Landwirtschaft. Die ersten Verhandlungen mit der einzigen luxemburgischen Molkerei wurden aufgenommen zwecks Verpackung und Lieferung der Milch an die Geschäfte. Die grössten Handelsketten in Luxemburg nahmen nach bestimmten Vereinbarungen das neue Produkt in ihre Lebensmittelregale auf. Manche privaten Lebensmittelgeschäfte haben das erste Luxemburger „faire“ Produkt auf Anhieb in ihr Sortiment aufgenommen.

Das Konzept zur Vermarktung wurde einer Marketingfirma übertragen. Die Öffentlichkeitsarbeit startete mit der Einladung an die Luxemburger Presse. Im Rahmen dieser aussergewöhnlichen Pressekonferenz, welche auf einem Milchbetrieb stattfand, wurde den Vertretern der Presse die Produktion der „Fair Mëllech“ in Natura vorgestellt... Die Zeitungen berichteten ausführlich über die Grundlage der Idee „Faire Milch“ und die Auflagen für eine nachhaltige Landwirtschaft, welche die Landwirte einhalten müssen für die Produktion der „fair Mëllech“. Der wohlgedachte und geplante Start in eine landesweite Vermarktung war dementsprechend gut. Mittlerweile sind der „Fairkoperativ Letzebuerg“ rund 50 Milchbauern beigetreten.

Die Gründungsmitglieder sehen sich bestätigt, dass sich der Weg in die Selbstvermarktung lohnt und planen schon weitere Schritte auf dem Luxemburger Markt. Allen Vorreitern im europäischen Ausland und allen Verhandlungspartnern in Luxemburg möchten wir an dieser Stelle unseren Dank aussprechen.

FAIRKOPERATIV

c/o:

4,

L- 9964 Huldange

Fredy

op

De

LETZEBUERG

Martines

d’Schmëtt

Infos unter: www.fairmellech.lu

Fredy de Martines, LDB

Schweiz: Mengenregulierung weiter in der Schwebe

Der Ständerat hat die Motion Aebi abgelehnt. Diese Motion hatte die Allgemeinverbindlichkeit für die Organisation der Schweizer Milchproduzenten gefordert (SMP), um diese in die Lage zu versetzen, die Milchmengen auf Erzeugerebene zu regulieren. Nach der Veröffentlichung des Abstimmungsergebniss hat sich die Branchenorganisation der Schweizer Milchwirtschaft (BOM) (alle Teilnehmer des Milchmarktes) getroffen und entschieden, einen Rappen/kg auf alle Milchprodukte zu erheben.

Kommentar zur BOM und die Position des Staates

Die Milchindustrie weist alle Verantwortung für die derzeitige Überproduktion von sich. Dennoch hat sie sehr von den fallenden Milchpreisen profitiert. Die Molkerei Emmi hat bekannt gegeben, dass die Gewinne im Jahr 2010 um 14% gestiegen sind. Mit einem Rappen/kg sind es wieder einmal die Erzeuger, die zur Kasse gebeten werden, um die Butterlager abzubauen. Die Industrie und ihre Lobby im Parlament möchte die Produktion nicht reduzieren, um einen niedrigen Preis zu behalten. Uniterre ist der Auffassung, dass dieses System nicht funktionieren kann, da es keinerlei konkrete Maßnahme gibt, um die steigende Produktion zu bremsen.

Vorgeschlagene Regulierung

Uniterre fordert eine Regulierung durch die Erzeuger. Es müssen Strukturen zur Steuerung der Mengen geschaffen werden und es muss die Möglichkeit geben, Mengen zu entziehen und zu bewilligen. Die Grundlage für die einzelbetriebliche Milchmenge sollte das Jahr 2008/2009 sein. Ein Fonds, der durch Abgaben auf Übermengen gespeist wird, würde es ermöglichen, die Erzeuger zu unterstützen, die sich an die Anforderungen des Marktes, der die Produktionskosten deckt, anzupassen. Zum Beispiel: Reduzierung der Produktion im Falle einer Überproduktion oder Steigerung der Produktion im Falle einer zu starken Preissteigerung (System ähnelt dem Vorschlag des EMB).

Das Ziel dieses Systems ist es, die Produktionskosten für Milch für den gesamten Milchsektor zu decken. Die Umsetzung der Regulierungsstrukturen muss von der SMP und Uniterre überwacht werden. Diese Lösung stellt das Dasein der BOM nicht in Frage. Damit diese Branchenorganisation jedoch normal funktionieren kann, brauchen die Erzeuger ein Instrument um das Angebot zu steuern. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website (http://www.uniterre.ch/doc/schema_mesure_Gestion_Suisse.pdf).

Aktion in Bern am 4 April

Uniterre ist der Meinung, dass es dringend notwendig ist, die Öffentlichkeit über die Situation der Erzeuger zu informieren und Druck auf die Politik auszuüben, damit das Thema Milchmarkt wieder auf den Tisch kommt. Am 4. April haben daher alle Gruppen aus der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz eine Aktion in der Schweizer Hauptstadt Bern veranstaltet, um der Bevölkerung für ihre Unterstützung der bäuerlichen Familien zu danken, das Problem der unfairen Preise erneut zu thematisieren, 1 Frs für A-Milch und die Möglichkeit, keine B und C-Milch zu produzieren, zu fordern, die Unterstützung der Politik für die Allgemeinverbindlichkeit in Händen der Milcherzeuger zu suchen, um das oben beschriebene Regulierungssystem umzusetzen und sich für eine Agrarpolitik basierend auf dem Prinzip der Nahrungssouveränität einzusetzen.

Mehr Informationen zur dieser Aktion finden Sie unter:
<http://www.uniterre.ch/Dossiers/revoltePaysanne.html>
<http://www.uniterre.ch/Dossiers/revoltePaysanne.html>
Nicolas Besençon, Uniterre

„Wir haben es satt“ - Demo für andere Agrarpolitik in Salzburg

Am 25. März 2011 trafen sich hochrangige AgrarpolitikerInnen in Salzburg bei der V. Bayrisch-Österreichischen Strategietagung zum Thema „Die Agrarmärkte im Spannungsfeld zwischen Regulierung und Liberalisierung“. Bauern und Bäuerinnen von Via Campesina Austria und der bayrischen AbL haben an diesem Tag in Salzburg den dort anwesenden AgrarpolitikerInnen sowie der Öffentlichkeit mit ihrer Anwesenheit klar gemacht, dass sie das Geschwätz von „freien Märkten“ mehr als satt haben. Unterstützt wurden sie dabei von der IG-Milch, Attac Österreich, FIAN Österreich, SOL, Grünen Bauern und Bäuerinnen und dem Agrarbündnis Österreich.

Die so genannten „liberalisierten Märkte“ dienen einzig und allein dazu, die Agrarindustrie zu unterstützen und der Nahrungsmittelverarbeitenden Industrie billige Rohstoffe zu verschaffen. Es solle gewährleistet werden, dass die Preise der in Europa produzierten landwirtschaftlichen Waren niedrig genug bleiben, damit die Europäische Nahrungsmittelexport-Industrie auf dem Weltmarkt konkurrieren kann.

Im Demoaufzug: „Um nachhaltige bäuerliche Betriebe in ganz Europa zu erhalten, müssen Bäuerinnen und Bauern mit kostendeckenden und stabilen Preisen entlohnt werden. Agrarmärkte müssen also geregelt werden, damit alle Menschen Zugang zu gutem Essen haben können und es in Europa zukünftig mehr statt weniger Bauern und Bäuerinnen gibt. Bestehende Regulierungen abzuschaffen und die daraus resultierenden Preisschwankungen durch Spekulation und teure Risikoversicherungen

reduzieren zu wollen, schlägt dem Fass den Boden aus! Wir fordern daher, die Marktregulierungsmaßnahmen zu stärken und sie ins Zentrum der zukünftigen Gemeinsamen Ernährungs- und Agrarpolitik zu stellen.“

Sonja Kerspeter, EMB

Freie Milch Austria weiter gewachsen

Mit 1. April begrüßt die Freie Milch Austria GmbH (FMA) 259 neue Mitgliedsbetriebe. In Zukunft wird die Milch von 584 MilcherzeugerInnen vermarktet. Trotz teilweise extrem hoher Staffelpreise bei den in Österreich durchwegs genossenschaftlich organisierten Molkereien (größere LieferantInnen bekommen ein höheres Milchgeld) haben überdurchschnittlich große Betriebe zur Freien Milch Austria gewechselt. Die Durchschnittsquote innerhalb der FMA liegt in etwa bei 130.000kg (Durchschnitt Österreich 75.000 kg pro Jahr). Da bei der FMA ein einheitlicher Milchpreis für alle bezahlt wird ist dies Ausdruck einer neuen Form von Solidarität. Des Weiteren beliefert die FMA ab 1. April die erste Molkerei frei Rampe. Das heißt der Molkerei wird nur die Milch, die sie benötigt, zugestellt und das ist aus Sicht der FMA das Zukunftsmodell.

Margit Pirklbaur, IG-Milch

France: CONGRES de l'OPL

Am Dienstag, den 15 März, hat der OPL-Kongress in Marmilhat (Puy de Dôme) getagt. Auf der Tagesordnung stand eine Analyse der Vorschläge und politischen Positionen der Europäischen Union und des französischen Agrarminister Bruno Le Maire.

Der Agronom André Pflimlin erläuterte, dass der weltweite Milchmarkt eine Illusion sei angesichts der steigenden weltweiten Nachfrage. Man müsse sich entscheiden zwischen dem Export unserer industrialisierten Produkte zu niedrigen Preisen und der Einschränkung (oder Zerstörung) der Entwicklung lokaler Erzeugung und der Achtung der Ernährungssouveränität dieser Länder und der Förderung lokaler Milchviehhaltung.

Laut André Pflimlin brauchen wir für die Milchviehhaltung in Europa: eine Produktion, die an die Binnennachfrage angepasst ist, Aufrechterhaltung des Außenschutzes und mehr Flexibilität beim Quotentransfer zwischen Regionen und Ländern, wobei diejenigen, die Wertschöpfung und Weidehaltung betreiben, Priorität genießen sollten. All dies muss von der europäischen Stelle begleitet werden, die folgende Aufgaben hat:

- Monitoring des Angebots und der Nachfrage und Anpassung
- Verhandlungsrahmen „Milchpreiskorridor“ basierend auf den Produktionskosten,
- Transparenz gegenüber der Zivilgesellschaft und den Verbrauchern.

Paul de Montvalon, Präsident des Office du Lait National, präsentierte das Office du Lait und die Erzeugerorganisation „France Milkboard“ und sagte: „Es ist notwendig, die Erzeugerorganisation an der Basis im France Milkboard zusammenzuführen mit der europäischen Monitoringstelle. Das Office du Lait National fungiert hier als Vermittler.“

Das Office du Lait ist eine unabhängige und transparente Branchenorganisation, eine Art Monitoringstelle, die sich aus 5 Sektionen zusammensetzt:

Sektion: Verarbeiter: privat + genossenschaftlich

Sektion: Verbraucher: ACE (Asso. de Consommateurs et d'Éleveurs laitiers)

Sektion: Handel

Sektion: öffentliche Hand

Sektion: Erzeuger, d.h. das France Milk Board.

APLI (Association des Producteurs de Lait Indépendants) und OPL (Organisation des Producteurs de Lait) sind Mitglieder des Office du Lait und beteiligen sich an seinen Aktivitäten. Das Office du Lait steht allen offen. Die Erzeugerorganisation „France Milkboard“ ist eine nationale, nicht kommerzielle

Erzeugerorganisation, die von Erzeugern verwaltet wird. Das Ziel dieser Organisation ist es, alle französischen Erzeuger aller Molkereien, privat oder in genossenschaftlich, zu bündeln. Das Hauptziel ist es, gemeinsam einen einzigen Vertrag mit den Verarbeitern auszuhandeln entsprechend der derzeitigen gesetzlichen Vorgaben.

Daniel Condat, der Präsident der OPL, sagte zum Abschluss des 5. Kongress: "Wenn viele Erzeuger Mitglieder des France Milkboard sind und wir gleichzeitig mit unseren Molkereien weiter arbeiten, geben sie der neuen Erzeugerorganisation ein Mandat, kollektive Verträge zu unterzeichnen, die ihnen ihre Produktionskosten garantieren. Sie zeigen dem Agrarminister so, dass sie in der Lage sind, sich zu bündeln und eine neue Form der Regulierung der Produktion zu organisieren."

Françoise Fourdinier, OPL

Impressum

European Milk Board
Bahnhofstr. 31
D-59065 Hamm
Tel: 0049/2381/4360495
Fax: 0049/2381/4361153
E-Mail: office@europeanmilkboard.org
Website: <http://www.europeanmilkboard.org>